Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 30

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Welt zu verändern» und weiter: «Unser Ziel ist, die Welt kommunistisch zu machen». Wer also, ungeachtet aller Schwierigkeiten, die Führung und damit die Macht hat, wird Herr dieser angestrebten Welt sein. Diese Welt soll aber das Gepräge des gelben Kommunismus, das heisst chinesische Züge tragen und China wie seit alters her zum Mittelpunkt der Welt machen, das nicht den weissen Langnasen Tribut zollt, sondern umgekehrt; damit wäre auch nach rot-chinesischer Auffassung die Harmonie wiederhergestellt.

Hier ergibt sich die Beantwortung Ihrer Frage nach der Bedeutung dieses Konfliktes für die frei Welt mehr oder weniger von selbst. Nämlich: das Gebot der Stunde ist, nicht Zugeständnisse ohne eigene politische Vorteile zu machen, sondern aus der gegebenen politischen Konstellation muss die freie Welt auf allen Gebieten versuchen, diese zum eigenen Nutzen und zum Nutzen der unterdrückten Völker auszuwerten. Gerade jetzt haben wir die Möglichkeit, unsere eigenen Werte in die Waagschale zu werfen und die ideologisch verbrämten Schwächen dieses Systems aufzuzeigen. Der Machtkampf zwischen dem roten und gelben Kommunismus kann für diesen selbst tödlich sein, aber nur dann, wenn wir ihn recht zu nützen wissen. Dr. N. v. Ostrowska

Nachtrag zur China-Sondernummer

Daten der weiteren Entwicklung

1957:

Allgemein: Der Drang nach grösserer Unabhängigkeit von Moskaus Vormundschaft wird deutlich. Tschu En-lai bereist einige Staaten des Ostblocks und tritt dort als gleichrangiger kommunistischer Führer auf.

Die Regierung gibt den Abschluss der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Verstaatlichung der gesamten Industrie bekannt.

Februar: Mao Tse-tung verdammt in einer Rede «Ueber die Widersprüche» in Peking den stalinschen Terror und propagiert eine begrenzte Freiheit der Kritik und Diskussion innerhalb der Parteidisziplin. Gleichzeitig unterstreicht er die Bedeutung der «demokratischen Diktatur». Nach antikommunistischen Unruhen an einigen Universitäten des Landes stellt die Partei die straffe Kontrolle wieder her und untersagt Kritik und Diskussion.

März-April: Kürzungen des Planes um 5,6 Prozent wegen eines akuten Mangels an Rohmaterialien.

April: Allgemeine Erhöhung der Konsumgüterpreise um 2 Prozent.

Juni: Annahme des 2. Fünfjahresplanes (1958/1962), wobei trotz Priorität der Schwerindustrie ein vermehrtes Gewicht auf Agrar- und Konsumgütererzeugung gelegt werden soll.

1958:

Allgemein: ZK erklärt, alle «Rechtsabweichler» in Partei und Regierung seien liquidiert. *Beginn der ideologischen Auseinandersetzung zwischen China und UdSSR:* Kritik an der «Verwässerung der marxistisch-leninistischen Lehre», Angriffe auf die Unabhängigkeit Jugoslawiens, Bekanntgabe der sowjetischen Intervention in Ungarn (von 1956) durch die chinesische Presse (!).

Regierung kündigt an, sie werde Freiwillige nach dem Nahen Osten entsenden (Libanon-Krise), um die «britischen und amerikanischen Aggressoren» zu bekämpfen.

Fertigstellung der ersten Eisenbahnlinie in die Provinz Sinkiang und Verabschiedung eines langfristigen Entwicklungsplanes der Provinz: Sinkiang soll das bedeutendste industrielle Zentrum Chinas werden.

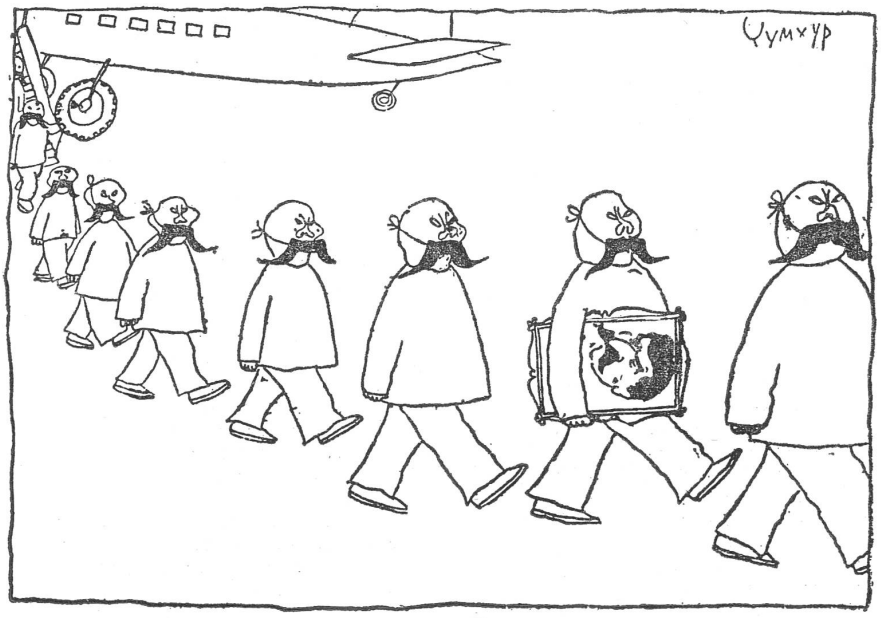
Januar: Regierung erklärt die Erfüllung des 1. Fünfjahresplanes und gibt eine 120prozentige Zuwachsrate für die Industrie und eine 25prozentige Zuwachsrate für die Landwirtschaft bekannt.

Mai: Beginn der Errichtung der «Volkskommunen» auf dem Land (später auch in den Städten). Bis Dezember 1958 sind 99 Prozent aller landwirtschaftlichen Haushaltungen in «Volkskommunen» organisiert.

1959:

Allgemein: Das straffe System der «Volkskommunen» wird gelockert, weil die landwirtschaftliche Produktion stark zurückgegangen war und eine allgemeine Hungersnot sich ankündigte.

Februar: Unterzeichnung eines langfristigen Hilfsabkommens mit der UdSSR in Moskau im Gesamtwert von 5 Milliarden Rubel.



Die chinesische Delegation in jugoslawischer Darstellung: Vom Zopf zum Schnauz.

LI FU-CHUN

Als Mao Tse-tung 1958 den «Grossen Sprung nach vorn» verkündete, war es die Aufgabe seines Chefplaners Li Fu-chung, die notwendigen Pläne und Direktiven ausarbeiten und ausführen zu lassen. Mit dem Scheitern des Experiments, eines der verarmtesten Agrarländer über Nacht in eine industrielle Weltmacht zu verwandeln, wurde es die Aufgabe Li Fu-chuns, die katastrophalen Folgen des «Grossen Sprunges nach vorn» durch viele kleine Schritte rückwärts zu lindern. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission wurde im Jahre 1900 in Hunan geboren. Schon auf der Schule lernte Li den acht Jahre älteren Mao Tse-tung kennen und schloss sich seiner revolutionären Schüler- und Studentengruppe an. Als Werkstudent in Frankreich gehörte er zur Gruppe um Tschu En-lai, Teng Hsiao-ping und Chen Yi. 1924 trat er der Pariser Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Chinas bei. Ueber Moskau und die Whampoa-Militärakademie führte sein Weg in die Rote Armee Mao Tse-tungs. Er war Teilnehmer am «Langen Marsch» von Kiangsi nach Shensi, Politkommissar einer Armee und schliesslich Stellvertretender Leiter der politischen Hauptverwaltung der chinesischen Roten Armee. Dann führte ihn seine Karriere in die Verwaltung der Kommunistischen Partei Chinas und nach der Errichtung der Volksrepublik auch in die Staatsverwaltung. Von 1950 bis 1952 war er Minister für Schwerindustrie und gleichzeitig von 1950 bis 1954 Stellvertretender Vorsitzender der Finanzwirtschaftskommission. 1954 trat er als Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission an die Spitze der rotchinesischen Wirtschaftsplanung. Ihm obliegt es, aus leeren Reisnäpfen die wirtschaftliche Basis für die politischen Ambitionen Rotchinas zu schaffen.

März: Antikommunistischer Aufstand in Tibet. Der Dalai-Lama flieht nach Indien.

April: «Wahl» Liu Schao-tschis zum Staatspräsidenten.

Juli: Ankündigung eines Reformprogramms für Tibet. Teilweise Rückkehr zur Freiheit der Religionsausübung.

August: Drastische Plankürzungen. Regierung erklärt, die Produktionsziffern seien stark überschätzt worden.

1960:

Allgemein: Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung mit Moskau.
Unterstützung des Castro-Regimes. China kauft grosse Mengen kubanischen Zuckers und schliesst mit Castro Tauschhandelsverträge ab.

1961:

Allgemein: Enorme Lebensmittelknappheit wegen grosser Stürme und Ernteschäden im Vorjahr. Einfuhr von Getreide aus Tibet. Abschluss von Verträgen mit Kanada und Australien über die Lieferung von insgesamt zehn Millionen Tonnen Getreide.
Drastische Modifizierung der «Volkskommunen», um die individuelle Initiative der Bauern anzuregen und die agrarische Produktion zu steigern.
Beginn der Massenflucht von Chinesen in die britische Kronkolonie Hongkong.

1962:

April: Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen China und der UdSSR in Peking.

April/Mai: 3. Session des 2. Nationalen Volkskongresses in Peking. Kampf gegen «den Revisionismus» (das heisst Moskau) steht im Vordergrund.

Mai: Grenzsperre in Hongkong gegen den chinesischen Flüchtlingsstrom.

September: Verschärfung des «Kampfes gegen den Revisionismus». Abschaffung der Stadtkommunen.

Oktober: Beginn der chinesischen Offensive gegen Indien.

November: Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens zwischen Indien und China.

Wirtschaft

China

Keine Sprünge mehr

Laut westlichen Angaben in Hongkong hat die Kapitalbildung in China in den letzten zwei Jahren nahezu aufgehört. Die Stahlproduktion sei 1962 auf nur 7 bis 8 Millionen Tonnen geschätzt worden. Die Arbeiten zum seinerzeit gross aufgezogenen Eindeichungs- und Elektrifizierungsprogramm seien unterbrochen (was vollumfänglich jedenfalls nicht zutreffen dürfte; gerade den Bewässerungsanlagen hat Peking nach den Ernährungskatastrophen der vorangegangenen Jahre wieder seine Hauptaufmerksamkeit zugewandt). Aus Schanghai seien Informationen eingetroffen, wonach die dortigen Stahlwerke heute weniger als 40 Prozent ihrer einstigen Kapazität (von 2,5 Millionen Tonnen im Jahr) produzierten. Die Textilwerke hätten ihren Ausstoss wegen Mangels an Rohbaumwolle bis auf 35 Prozent herabsetzen müssen.

Wirtschaft

CSSR/China

Der Rückgang

Ueber die jüngste Entwicklung des Handels zwischen den europäischen Volksdemokratien und China liegen im allgemeinen keine schlüssigen Zahlen vor. Doch hat bereits die SBZ die starke rückläufige Tendenz auf nicht eingehaltene Verpflichtungen Pekings zurückgeführt. Ausführlicher ist aber ein kürzlicher Bericht des Prager Zentralkomitees. Man darf auf eine ähnliche Entwicklung bei den übrigen Satellitenstaaten des Sowjetblocks schliessen, wobei nur Rumänien durch seinen kürzlichen Handelsvertrag den Warenaustausch um 10 Prozent höher veranschlagte. Ob es auch nach den letzten Comecon-Gesprächen in Moskau, bei denen Rumänien wieder völlig eingegliedert worden sein soll, dabei bleiben wird, ist allerdings eine andere Frage.

In der Erklärung des Zentralkomitees der KP der CSSR zu den sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen wird über die rückläufigen Handelsbeziehungen mit China folgendes gesagt:

«Die Regierung der Chinesischen Volksrepublik qualifizierte in einer sehr seltsamen Weise als Störung der tschechoslowakisch-chinesischen Beziehungen jene gerechten Massnahmen, welche von unserer Partei gegen das Benehmen der chinesischen Vertreter getroffen wurden.

Es ist äusserst bedauerlich, dass das ZK der KP Chinas auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen jene Gegensätze spüren lässt, welche nun plötzlich zwischen ihm und zwischen dem ZK der KPdSU und den übrigen Schwerparteien entstanden. Die Chinesische Volksrepublik fügte durch ihr Verhalten in den wirtschaftlichen Beziehungen bedeutende Schäden den sozialistischen Ländern, darunter auch der CSSR, zu. Infolge der unrichtigen Haltung des chinesischen Partners haben sich die gegenseitigen Handelsbeziehungen radikal verschlechtert. Obschon wir immer bestrebt waren, die Möglichkeit des Warenaustausches auf einer für den chinesischen Partner günstigen Weise aufrecht zu erhalten oder sogar zu erweitern, beträgt das Handelsvolumen für 1963 kaum 16 Prozent jenes des Jahres 1959. Der Export ist sogar auf nicht ganz 10 Prozent des Jahres 1959 zurückgegangen. Die chinesischen Genossen haben mit verschiedener Begründung auch unsere gegenseitigen politischen und kulturellen Beziehungen auf ein Minimum reduziert.»

Handel

Ostblock/Indien

Kein Service

Das häufige Ungenügen von Ostblocklieferungen nach Entwicklungsländern ist namentlich bezüglich Ersatzteilnachschub und Service schon mehrfach festgestellt worden. Besonderes Gewicht erhält aber jetzt eine offiziöse indische Aeusserung.
Laut einem Bericht der in Bombay erscheinenden Wirtschaftszeitung «Commerce» (22. 6. 1963) hat sich die Industrie- und Handelskammer Indiens über die Qualität der von den Ostblockstaaten gelieferten Waren wie folgt geäussert:
«Die Erfahrungen der Importeure aus den Ländern der Rupien-Zone sind sehr verschieden. Es konnte wiederholt festgestellt werden, dass die Angebote jener Staaten, die sich bereit erklärten, die Bezahlungen auch in Rupien (was die Sowjetunion angeht) anzunehmen, meistens keine klaren Spezifikationen enthalten, so dass man sich dem Eindruck nicht entziehen kann, sie wollten gegen Rupien eigentlich nur minderwertige Waren liefern, wogegen die gute Qualität für die normalen Exporte zurückgehalten wird. So werden — wie man uns mitteilt — die vom Maschinenbau benötigten Spezialstähle und andere besondere Stahlsorten, wie rostfreier Stahl oder die einzelnen Stahllegierungen, der von der Gummiindustrie verlangte Russ, ferner Kaltwalzbänder und -drähte sowie andere ähnliche Produkte überhaupt nicht oder nur in mangelhafter Qualität geliefert. Auch ist es bekannt, dass in gewissen Fällen diese Staaten die nach Indien gelieferten Maschinen und Ausrüstungen aus den westeuropäischen Ländern bezogen haben. Einige unserer Mitglieder behaupten sogar, für die Länder der Rupien-Zone würden um 15 bis 30 Prozent höhere Preise berechnet. Ausserdem sind die Liefertermine unsicher, und nach dem Verkauf gibt es keinen weiteren Service.»

Handel

Ungarn/Südafrika

Zugegeben

Dass die Oeffentlichkeit im Westen auf die erweiterten Handelsbeziehungen des Ostblocks mit Südafrika aufmerksam wurde (siehe KB Nr. 27), ist den kommunistischen Staaten sichtlich peinlich. Nachdem sich die CSSR mit einem als Lüge nachgewiesenen Dementi schwer in die Nesseln gesetzt hat, sind andere Verlautbarungen erheblich vorsichtiger geworden.
Aus Anlass der Ernennung eines ungarischen Vertreters in die Uno-Sonderkommission über Südafrika sah sich das Budapester Parteiorgan «Nepszabadsag» zu folgender gewundener Erklärung genötigt:
«Die ungarische Regierung hält mit Südafrika weder diplomatische noch Handelsbeziehungen aufrecht..., weil sowohl das ungarische Volk als auch die ungarische Regierung die südafrikanische koloniale Politik zutiefst verurteilen. Einige ungarische Aussenhandelsunternehmen (sind die etwa nicht staatlich?) exportieren zwar gewisse Konsumgüter nach Südafrika (und zwar in den ersten Monaten 1963 in gesteigertem Ausmass), aber im Sinne des Regierungsentscheides wurden bereits (dabei datiert der Uno-Boykottbeschluss vom 6. November 1962) Massnahmen getroffen, die zum vollständigen Abbruch der Beziehungen führen werden.» (Klammern = Red. KB)
So kratzt man sich, wenn's einen juckt. Jetzt ist es nun denkbar, dass die Ostblockstaaten angesichts der aufhorchenden öffentlichen Meinung in der Welt ihre Handelsbeziehungen mit Südafrika drosseln oder mindestens besser tarnen werden. Das aber wird die Tatsache der vermehrten Lieferungen in den ersten Monaten nach dem Uno-Boykottbeschluss nicht mehr rückgängig machen.

Soziales

Ostblock

Handwerker-Satire

Nicht nur im Westen hat man Kummer, wenn man einen Handwerker haben sollte, sondern auch im Osten, wo doch angeblich alles so gut geplant und geordnet ist. Aber dort bestehen die Schwierigkeiten mit den Handwerkern nicht nur darin, sie überhaupt zu finden, sondern sie beginnen aufs neue, wenn sie dann endlich mit der Arbeit begonnen haben, wie nachstehender Stossseufzer aus einer östlichen Zeitung zeigt:

(Den Namen der Zeitschrift können wir wegen in Frage gestellter Weiterlieferung noch nicht anführen.)

Zeichen der Zeit:

Betrunkene Facharbeiter

Die Bewohner der oberen Stockwerke des Hauses ... waren sehr erfreut, als eine Installateurbrigade der Reparaturabteilung der Bau- und Wohnungsverwaltung des ... Ministeriums erschien. Die Brigade ging daran, eine neue Wasserleitung zu verlegen, welche allen Wohnungen eine bessere Wasserversorgung bringen sollte. Anfänglich nahm keiner das Hammergeklopfe übel; die Bewohner des Hauses erschraken auch nicht ob der Mitteilung

des Hauswartes, dass sich die «Facharbeiter» im Keller eine kleine private Kantine eingerichtet hätten und dass ständig Flaschen weggeräumt werden müssten. Das ist nichts; Hauptsache, es gibt Wasser!

Das Drama begann erst dann, als die «Facharbeiter» die Arbeiten im Treppenhaus beendigt hatten und daran gingen, die Zuleitungen in den Stockwerken zu verlegen. Vor einer Woche läutete in meiner Wohnung die Türglocke. Ein sympathischer Techniker der Verwaltung erklärte, dass ein einziges Loch in die Wand geschlagen werden müsse, um einen Hahnen einzubauen. Das wird nur einige wenige Stunden dauern, fügte er bei.

«Na, dann wollen wir dran», sagten die Facharbeiter, und in der Tat, in einer halben Stunde hatten sie ein Loch in die Mauer geschlagen. Dann erklärten sie: «Jetzt gehen wir frühstücken!»

Langsam schlug die Uhr die Viertelstunden ... und die Stunden. Um drei Uhr erschienen die «Facharbeiter» wieder, von einer Wand zur andern torkelnd.

«Heute lohnt es sich nicht mehr, weiter zu machen», entschieden sie, «Feierabend».

Am Dienstag verlegten sie ein Rohr, flickten das Loch in der Mauer und kündigten ihren Besuch für den folgenden Tag an. Am andern Morgen erschienen sie tatsächlich und sogar «ohne Fahne». Sie arbeiteten ein halbes Stündchen, rissen ein anderes Rohr heraus und gingen wieder — vermutlich erneut zum Frühstück. Abends begann aus dem herausgerissenen und nicht gesicherten Rohr das Wasser zu spritzen und die ganze Wohnung zu überschwemmen. Wir riefen den Notdienst des Wasserwerkes, welcher an das durch die «Facharbeiter» abgeschnittene Rohr einen Gummischlauch legte; nun floss das Wasser wenigstens direkt in den Ausguss.

Seit Mittwoch letzter Woche hat sich daran nichts geändert; die «Facharbeiter» zeigten sich nicht wieder.

Das ganze Haus ist am Ende der Kräfte, sowohl die Mieter wie die Hausverwaltung. Besteht keine Möglichkeit, die «Facharbeiter» zur Arbeit zu zwingen? Hoffentlich interessieren sich die zuständigen Stellen für diese Angelegenheit und ziehen sowohl die «Facharbeiter» wie diejenigen, welche die Arbeiten überprüfen müssen, zur Verantwortung.

Schluss des grausamen Spiels! Weg mit den betrunkenen «Facharbeitern».

Ungarn

Drohende Arbeitslosigkeit

Eine der grundlegenden Theorien des Kommunismus ist die Behauptung, dass in ihrem Wirtschaftssystem die Arbeitslosigkeit «restlos» beseitigt wird. Wie auf allen anderen Gebieten, steht auch hier die Wirklichkeit im Gegensatz zur Theorie. Einen interessanten Bericht veröffentlichte diesbezüglich die in Györ erscheinende Tageszeitung «Kisalföld», in dem die Furcht vor einer drohenden Arbeitslosigkeit in der Waggon- und Maschinenfabrik «Wilhelm Pieck» — einem der grössten Werke Ungarns — wie folgt geschildert wird:

«Nicht zu schnell arbeiten!»

«Das ist die Parole in der Tapeziererabteilung der Waggon- und Maschinenfabrik «Wilhelm Pieck». Die Arbeiter fürchten, dass sie, wenn sie schnell arbeiten, bald gar keine Arbeit mehr haben werden, denn sie haben auch jetzt schon wenig Arbeit (in der Abteilung arbeiten jetzt 28 Mann, während im vergangenen Jahr noch 70 beschäftigt waren). Der Abbau begann Ende 1962. Die Facharbeiter und angelernten Arbeiter wurden der Reihe nach entlassen. Man teilte ihnen mit, dass die Fabrik nicht für eine kontinuierliche Materialbeschaffung sorgen und sie nicht dauernd beschäftigen könne. Im Januar und Februar d. J. mussten viele Arbeiter auf Urlaub gehen.

Es ist begreiflich, wenn in einem Grossbetrieb infolge erweiterter Mechanisierung oder Automatisierung manuelle Arbeiter überflüssig werden.

In diesem Falle jedoch lässt die Fabrik die Tapeziererarbeiten in Lohnarbeit bei Genossenschaftsbetrieben ausführen. Man hat Facharbeiter zu Hilfsarbeiten versetzt unter dem Vorwand, dass keine Arbeit vorhanden wäre, während gleichzeitig die in Lohnarbeit arbeitenden Genossenschaftsbetriebe die Arbeit nicht bewältigen können.

Wenn man die Tapeziererabteilung betritt und mit den Arbeitern spricht, merkt man rasch die Antipathie und das Misstrauen, das die Arbeiter gegenüber der Programmierungsabteilung erfüllt. Das ist verständlich, denn sie fühlen die weiteren zu erwartenden und unerwarteten Massnahmen als Damoklesschwert über ihren Häuptern schweben ...»

Partei

Sowjetunion

Zwei Millionen Neumitglieder

Die KPdSU hat innert weniger als zwei Jahren über zwei Millionen neue Mitglieder aufgenommen. Der gewaltsam beschleunigte Zuwachs muss als eine Vermehrung des sowjetischen Parteivolkes gegenüber den Mitgliedern der KPCh verstanden werden.

Der gegenwärtige Mitgliedbestand der KPdSU ergibt sich aus einer kürzlichen Meldung in der sowjetischen Presse: «Der Kosmonaut Bikowskij wurde am 18. Juni in die Partei aufgenommen, und zwar durch Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU. Er erhielt das Parteibüchlein Nr. 11 832 423. Von 1952 bis heute war er Mitglied des Komsomols.»

Nun zählte die Partei laut Bericht vor dem 22. KPdSU-Kongress vor zwei Jahren, am 22. Oktober 1961, lediglich 9 716 000 Mitglieder, Kandidaten inbegriffen. (Eine mindestens einjährige Kandidatur ist vor Erwerbung der Vollmitgliedschaft laut Parteistatut obligatorisch.) Im Mai 1960 hatte die Partei gar nur 8 708 000 Angehörige. Der seither eingetretene Zuwachs ist viel zu bedeutend, um mit irgendwelchen normalen Schwankungen in der diesbezüglichen Politik erklärt werden zu können. Und auffälligerweise ist die Kurve von dem Moment an steil gestiegen (und seither steil geblieben), als die gespannten Beziehungen zwischen der KPdSU und der KPCh manifest wurden.

Es handelt sich hier um eine angeordnete Kampagne, die sich selbst über die statutarisch festgelegten Aufnahmebedingungen hinwegsetzt, wie gerade der Fall Bikowskij aufzeigt. Er wurde nämlich direkt durch das ZK aufgenommen (Beschluss vom 18. Juni 1963), obwohl die gültigen Parteistatuten (angenommen am 31. Oktober 1961) in Artikel 4 bestimmen, dass die Parteimitglieder von der Mitgliederversammlung der Grundorganisation aufgenommen werden müssen. Der Entscheid hat dazu noch vom Bezirks- oder Stadtkomitee der Partei bestätigt zu werden. Dazu kommt noch bei Bikowskij, dass er anscheinend keine Kandidatenzeit hinter sich hat (er wird nur als Komsomolmitglied «bis heute» erwähnt), was den gleichen Artikel 4 des KPdSU-Statuts verletzen würde, wo es heisst: «Als Neumitglieder werden nur Kandidaten aufgenommen, welche die vorgeschriebene Kandidaturdauer (zurzeit ein Jahr) hinter sich haben.»

Selbstverständlich stellt der Kosmonaut Bikowskij einen besonderen Fall dar. Aber dennoch ist er symptomatisch für die forcierte Kampagne, die KPdSU als Massenorganisation aufzubauen. Sonst war sie eher darauf bedacht, als «Vorhut» und «Elite der Arbeiterklasse» ihren Bestand nicht übermässig anwachsen zu lassen, schon um der Gefahr einer tatsächlichen Demokratisierung zu begegnen und natürlich um die Führung zu erleichtern. Im Hintergrund der Bewegung dürfte der Anspruch der chinesischen KP stehen, die grösste Kommunistenzahl der Welt zu vertreten (und damit nach dem Mehrheitsprinzip der Anspruch auf die Führung im kommunistischen Lager; die KPCh zählt über 17 Millionen Mitglieder).

Soziales

Ostblock/Schweiz

Beneidenswerte Frau M. Sojralsuas

Noch ein Nachtrag zum internationalen Frauenkongress in Moskau. Die Moskauer aussenpolitische Wochenschrift «Neue Zeit» bringt es in ihrem ausführlichen Bericht über die Tagung fertig, den grossen Krach mit der chinesischen Delegation und ihren Anhängern völlig zu verschweigen. Dafür werden seitenweise linientreue oder nichtssagende Voten von anderen Delegierten abgedruckt. Unter anderem:

«Am 27. Juni berichtete die Vertreterin der Schweiz, Frau Schafroth, in einer Sitzung des Ausschusses für die Rechte der Frauen in Gesellschaft und Familie einer Gruppe von Delegierten aus Afrika, Asien und Lateinamerika mit Bitternis und Entrüstung, welcher Diskrimination die Frauen in der Schweiz ausgesetzt sind. Sie beschwerte sich darüber, dass in ihrem hochzivilisierten Land eine Frau ohne die Erlaubnis des Mannes keine Arbeit annehmen darf, dass nur der Mann sich vor dem Gesetz für die gemeinsamen Kinder verantwortet, dass die Frau kein Stimmrecht hat, dass ihre Arbeit schlechter bezahlt wird als die gleiche Arbeit beim Mann.»

Solchen Zuständen gegenüber zieht die «Neue Zeit» den Vergleich: «Was die Lage der Frau in den Ländern des Sozialismus anbetrifft, so wurde auf dem Kongress anerkannt, dass das Frauenproblem in diesen Ländern mit Erfolg und restlos gelöst ist. Selbst im Kosmos hat man dort die Gleichberechtigung von Mann und Frau verwirklicht.»

Wie weit dies zutrifft, zeigt etwa die in der SBZ gemachte Feststellung, dass von den 3,6 Millionen berufstätigen Frauen nur 715 «leitende Stellungen» bekleiden. Bei der Post zum Beispiel, wo nur 63 Prozent der Belegschaft Frauen sind, zählt man unter den Leitern der Hauptpostämter 2,6 Prozent Frauen. In sämtlichen kommunistischen Staaten zeigt es sich, dass die Frauen in der Praxis diskriminiert werden, was anhand der dortigen Quellen zu belegen ist (vergl. Untersuchung KB Nr. 10, «Die Frau im kommunistischen System»). Die Frau muss also für ihre Gleichberechtigung wirklich auf den kosmonautischen Himmel warten, der modernen Form von «Opium für das Volk».

Fortsetzung von Seite 1

wie Sie internationale Probleme beurteilen und zum hohen Niveau und der geistigen Kompaktheit Ihrer Publikation.»

Chile: *«Wir sind sehr interessiert an Ihrem Pressedienst in spanischer Sprache und möchten ihn regelmässig erhalten.»*

Guatemala: *«Wir profitieren häufig von Ihren Artikeln, die im guatemaltekischen Volk Interesse erwecken können. Ich beglückwünsche Sie zur Arbeit, welche Sie im Interesse der freien Welt leisten, wobei Sie auch die guten Beziehungen zwischen unsern Ländern festigen helfen.»*

Nicht der journalistische Glanz unserer Arbeit hat diese erfreulichen Erfolge begründet. Nein, der glänzende Ruf unseres Landes ist es; er schafft diesen vertrauensvollen Widerhall.

Geld und Geist

Es sei hier gesagt, dass unser Staat weder Geld noch Geist einsetzt, um diese Früchte seines guten Rufs zu mehren. Er hat seine Gründe dafür: zum Beispiel, dass die Vorschriften bis heute nur eine technisch-materielle Hilfe zulassen. Oder: dass der neutrale Staat seine politischen Inhalte nicht exportieren dürfe. Anders unsere drei grossen Nachbarn: Kräftig spenden sie geistig-politische Hilfe. Aber sie wird mit dem Misstrauen gebrannter Hände angenommen, obwohl sie mit viel mehr Aufwand betrieben wird als unsere bescheidenen Bemühungen.

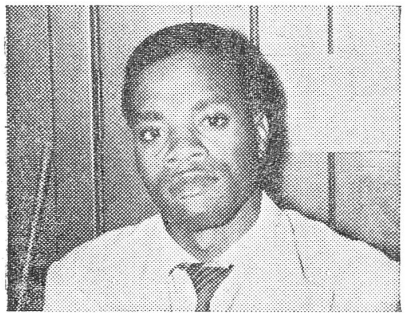
«Woher überhaupt habt Ihr das Geld her?» Oft hören wir diese Frage, und man spürt, dass durch die Gedanken der Frager geheime Checks zittern. Diese Phantasien aber sind unbegründet.

Nein, die Beiträge unserer Abonnenten sind es, die diese Entwicklungshilfe möglich machen. Ein Gemeinschaftswerk ist es, und nur als Gemeinschaftswerk kann diese Hilfe fortwirken und sich vergrössern

zur zweiten Runde:

Nämlich weiter und breiter noch hinauszutragen die Ueberzeugung für den Rechtsstaat freier Menschen. Auch hinaus zu den Redaktionen arabischer Sprache, die wir bisher aus Geldmangel nicht erreichen konnten.

Dies als unbescheidene Antwort für eine Leserin, die kürzlich sagte: «Stets werden uns Forderungen unter die Nase gehalten. Zeigt uns auch Wege, sie zu erfüllen!»



Sylvester Adriano Paliani

Ein Bezüger des «Swiss Press Review» stellt sich vor:

Sylvester Adriano Paliani

Ich wurde am 28. November 1924 im Dorf Kangulitse, Distrikt Dedza, Zentral-Njassaland, geboren. Ich bin verheiratet und habe sechs Kinder.

Zur Schule ging ich erstmals 1935 mit elf Jahren. 1941/42 besuchte ich eine Lehrerfortbildungsschule in Likuni, wo ich 1943 erstmals auch als Lehrer angestellt wurde. Damals schrieb ich auch mein erstes Werklein, «Moyo wa Kwathu» (Das Leben daheim), welches sofort zu Schulzwecken benutzt wurde, aber erst 1951 veröffentlicht wurde.

1944/45 bildete ich mich an der Zomba-Mittelschule weiter aus, um dann 1946 erneut meine Lehrtätigkeit in Likuni aufzunehmen. Auch in diesen Jahren schrieb ich einige Erzählungen, darunter den grösseren (unveröffentlichten) Roman «Zazikulu za Dziko» (Die grossen Dinge des Lebens). 1947 setzte ich meine Studien in Zomba fort, trat aber 1948 daraufhin der Verkehrsgesellschaft von Njassaland als Bahnangestellter bei, wo ich es zum Stationsvorsteher brachte, bevor ich im Herbst 1949 zurücktrat.

Das folgende Jahr brachte mir eine ganz neue Tätigkeit, einen Ruf nach Südafrika. Von 1950 bis 1960 — mit Unterbrechungen — arbeitete ich zusammen mit einem Vertreter der Eingeborenen-Gewerkschaft von Witwatersrand und dem Oberinspektor für das Bergwesen in tropischen Gebieten in Johannesburg. Meine Aufgabe bestand darin, den beiden Beamten als Dolmetscher für Cinyanja (Eingeborenensprache) und als Pressereferent zur Verfügung zu stehen. 1954 in Johannesburg verfasste ich meine bisher längste — noch unveröffentlichte — Erzählung «Zinali Zosalirika» (Zuviel zum Weinen) und kurz darauf ein — ebenfalls noch unveröffentlichtes — Drama «Ndifera-Moyenda» (Ich sterbe im Ausland), diesmal in englischer Sprache. Anfang 1960 veröffentlichte ich in Johannesburg mein Schauspiel «1930 Kunadza Mcape» (1930 kam ein Zauberer).

Da ich einsehen musste, dass es für mich in Südafrika keine Zukunft gab, kehrte ich im September 1960 nach Njassaland zurück und blieb etwa ein halbes Jahr in meinem Heimatdorf. Im April 1961 wurde mir die Stelle des Redaktors der — zweiwöchentlich erscheinenden — Zeitung «The African» (Der Afrikaner) übertragen.

Dank dieser Position lernte ich die «Swiss Press Review and News Report» kennen und schätzen. Viele Nummern unserer Zeitung beweisen, dass wir oft die im allgemeinen vorzüglichen Kommentare zu internationalen Ereignissen in diesem angesehenen Pressedienst der «Swiss Press Review» in «The African» publizieren.

Während des kommenden Monats erscheint «Der Klare Blick» vierseitig.

Unser Memo

Nun hat auch die PdA in der Schweiz ausführlich zum Konflikt zwischen der KPdSU und der KPCh Stellung genommen. Die letzte «Vorwärts»-Nummer bringt einen ausführlichen Kommentar zu den kommunistischen Differenzen, gezeichnet von Marino Bodenmann, Mitglied des PdA-Sekretariats, einem alten Fuchs der Parteileitung noch aus den Zeiten der «KPS» (seinerzeit auch Nationalrat).

An der Eindeutigkeit der Stellungnahme zugunsten der KPdSU gibt es nichts zu zweifeln. China wird geradezu der Atomkriegsvorbereitung beschuldigt, ein Vorwurf, der sonst dem «amerikanischen Imperialismus» vorbehalten blieb. Verblüffenderweise wird sogar auf einen Ausspruch Maos Bezug genommen, der nicht einmal sicher belegt werden kann: «Sie (die chinesischen Genossen) sprachen es ja auch aus, dass, wenn in einem solchen Krieg 300 Millionen Chinesen den Atomtod erleiden würden, immer noch mehr als 300 Millionen übrig blieben, um den Sozialismus aufzubauen.» Jetzt hat man wenigstens eine kommunistische Quelle zu dieser angezweifelten Aeusserung. Merci.

Noch verblüffender ist aber, wie über die «Verleumdungen» der KPCh gegenüber andern kommunistischen Parteien berichtet wird: «Aber auch andere Methoden für die weiteste Verbreitung der verleumderischen Angriffe sind angewandt worden, **unter offensichtlich wohlwollender Duldung der kapitalistischen Behörden.»** Wird hier unsern Behörden vorgeworfen, die kommunistische Propaganda Chinas geduldet zu haben? Dann brauchen wir nur noch auf den entsprechenden Vorwurf von seiten des Pekinger Flügels (wegen Zulassung der sowjetischen Propaganda) zu warten, um auf Grund der kommunistischen Forderungen selbst gegen kommunistische Propaganda einschreiten zu müssen. Gottlob für die Kommunisten sind ihre Forderungen hier nicht massgebend. Aber ihre Formulierungen zeigen, wie weit die Verwirrung in ihrem Lager um sich gegriffen hat.

Der Schnappschuss

In Polen wurde die Gesetzesvorlage über die Vergesellschaftlichung des Advokatenberufes ausgearbeitet und dem Sejm unterbreitet. Damit wird auch in Polen die gleiche Entwicklung vollzogen wie in allen übrigen kommunistischen Ländern: der Advokatenberuf kann in der Zukunft nur noch im Rahmen einer Advokaten-Arbeitsgemeinschaft oder, wie man diese hie und da im Ostblock nennt, in Advokatenkolchosen ausgeübt werden.

Diese Entwicklung nahm in allen Satelliten schon 1948 ihren Anfang und wurde im Verlauf der fünfziger Jahre abgeschlossen. Auch in Polen wurden die ersten Advokaten-Arbeitsgemeinschaften 1948 errichtet, der «polnische Oktober» im Jahre 1956 brachte aber diese Entwicklung zu einem Stillstand. Die neue Reform der Advokatur wird aber weitgehende strukturelle Aenderungen im ganzen System der Advokatur mitbringen.

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 2 77 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—). Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.